

Stellungnahme des Niedersächsischen Flüchtlingsrates

zu den Entschließungsanträgen der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen

Abschiebungsstopp für Roma aus dem Kosovo

Die Situation der Roma im Kosovo ist nach wie vor katastrophal. Die Mehrheit der Roma lebt in Armut, in Enklaven ausgegrenzt von der albanischen Mehrheitsgesellschaft, viele von ihnen in Elendssiedlungen unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Die Arbeitslosigkeit unter den Roma liegt bei ca. 98%, die staatliche Sozialhilfe, zu der nicht alle Zugang haben, deckt mit 35 – 75 Euro pro Haushalt nicht einmal die Lebensmittelkosten¹. Die meisten leben von Gelegenheitsarbeiten oder dem Sammeln und Verkaufen von Altmetall, Papier oder Flaschen². Mit der finanziellen Armut geht auch der Ausschluss aus dem Gesundheitssystem einher, da für alle Leistungen privat bezahlt werden muss³. Auch die hohe Schulabbrecherquote⁴ unter den Romakindern erklärt sich zum Teil aus der Armut, denn Schulbücher müssen bezahlt werden und viele Kinder müssen zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen, statt zur Schule zu gehen. So ergibt sich durch Armut und Bildungsmangel eine generationsübergreifende Verfestigung der prekären Lebenssituation der Roma.

Auch Gewalt gegenüber Roma seitens albanischer Mehrheitsangehöriger ist weiterhin ein großes Problem. Die Menschenrechtsorganisation Chachipe dokumentierte im August 2009 mehrere ethnisch motivierte Angriffe gegen Roma⁵. Auch der Menschenrechtskommissar des Europäischen Rates, Thomas Hammarberg, verweist in seinem Bericht zum Kosovo vom Juli 2009 auf wiederkehrende Zwischenfälle interethnischer Gewalt und ein Klima der Intoleranz⁶.

Vor diesem Hintergrund wies auch der EU-Menschenrechtskommissar Hammarberg in seinem Bericht zum Kosovo vom Juli 2009 darauf hin, dass Zwangsrückführungen von Flüchtlingen aus Westeuropa den Kosovo weiter destabilisieren könnten und einen

1 Vgl. Pro Asyl (Hg.): Zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter Minderheit im Kosovo, 2009, S. 22

2 Vgl. Eighth Annual Report of the Republic of Kosovo Ombudsperson Institution, 2007-2008, S. 42

3 Ebda. S. 28

4 Vgl. Bericht des EU-Kommissars für Menschenrechte vom 02.07.2009

5 Vgl. Chachipe: Whose responsibility? Reporting on ethnically motivated crime against Roma in Kosovo – A case study, 2009

6 Vgl. Bericht des EU-Kommissars für Menschenrechte vom 02.07.2009, S. 21

negativen Effekt auf die Situation von Minderheiten haben würden, da es im Kosovo momentan keine Kapazitäten zur massenhaften Aufnahme von zurückkehrenden Flüchtlingen gebe. Ein Strategiepapier zur Reintegration, das seit 2007 besteht, wurde bisher nicht umgesetzt.⁷

Die Lebenssituation von Roma, die schon aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben wurden ist zusätzlich durch weitere Probleme gekennzeichnet. Die meisten Abgeschobenen haben in ihren früheren Wohnorten kein Haus mehr oder können ihr Eigentum daran nicht nachweisen, so dass sie faktisch obdachlos sind. Auch fürchten viele Verfolgung oder Racheakte durch die albanische Bevölkerung und wollen daher gar nicht in ihren Heimatort zurückkehren. Daher flüchten sich viele Rückkehrer in ethnische Enklaven, in denen zumindest die gefühlte Sicherheit größer ist, oder sie gehen gleich nach Serbien oder Montenegro, wo sie als Flüchtlinge keinerlei Möglichkeiten haben, ihre grundlegenden sozialen Rechte geltend zu machen. Auch die finanziellen Probleme verstärken sich dadurch, da Sozialhilfe nur in der Kommune gewährt wird, in der die Rückkehrer vor ihrer Flucht gelebt haben. Dazu kommen Sprachprobleme der Kinder und Jugendlichen, die oft besser deutsch als albanisch sprechen, sowie die psychischen Belastungen durch die erneute Migration.⁸

Die Ausführungen von Herrn Innenminister Schünemann in seinem Brief vom 21.09.2009 an den Niedersächsischen Flüchtlingsrat, er sehe „vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklungen“⁹ keine Veranlassung für einen Abschiebungsstopp, sind so nicht nachvollziehbar. Die Roma sind weiterhin als Minderheit diskriminiert und ausgegrenzt und haben nach der Abschiebung kaum Möglichkeiten zur Inanspruchnahme grundlegender Rechte.

Das Rückkehrzentrum des Projektes „URA 2“ in Priština, auf das sich Herr Schünemann in seinem Schreiben bezieht, bietet nach Recherchen von Pro Asyl sowie nach den Erfahrungen des Niedersächsischen Flüchtlingsrates im Zusammenhang mit den jüngsten Abschiebungen keine ausreichende Sicherheit für abgeschobene Roma. Nur wenige der Abgeschobenen erhalten überhaupt konkrete Unterstützung durch das Projekt. Des Weiteren ist die wenige Hilfe, die geleistet wird, auf einen Zeitraum von einigen Monaten

7 Vgl. Bericht des EU-Kommissars für Menschenrechte vom 02.07.2009, S. 26ff.

8 Zur Lebenssituation abgeschobener Roma vgl. den umfassenden Bericht von ProAsyl 2009.

9 Antwortschreiben des Innenministers an den Niedersächsischen Flüchtlingsrat vom 21.09.2009

beschränkt. Das Projekt selbst läuft zum 31.12.2009 aus, seine Weiterfinanzierung ist noch nicht gesichert. Auch die Qualifikation der im Projekt beschäftigten Mitarbeiter ist zweifelhaft, da das Rückkehrzentrum mit dem Wegfall der AWO Nürnberg als Projektpartner jegliche sozialarbeiterische Kompetenz verloren hat¹⁰. Es ist also offensichtlich, dass hier weder die Kapazitäten für die Betreuung großer Zahlen von Abgeschobenen bestehen noch überhaupt langfristige Perspektiven für Rückkehrer geschaffen werden.

Weiterhin ist der Darstellung von Herrn Schünemann zu widersprechen, die Flüchtlinge seien „vor dem Milosevic-Regime aus dem Kosovo geflohenen“¹¹. Vielmehr fühlen sich die meisten der betroffenen Roma gerade durch die albanische Mehrheit bedroht, da ihnen vielfach eine Kollaboration mit der serbischen Armee unterstellt wird.

Die Gefährdung der Roma, ihre prekären Lebensbedingungen sowie ihre Ausgrenzung und Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft sind nur zu verstehen, wenn man sich der historischen Dimension des Antiziganismus in Europa bewusst ist. Die gesellschaftliche Position der Roma, die sie immer wieder zwischen ethnisch-nationalistische Fronten geraten lässt, wird bestimmt durch ihre jahrhundertelange Diskriminierung als „Zigeuner“. Im Kosovo, wie auch in Montenegro und Serbien, ist die Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma als „cigani“ oder „magjup“, also „Zigeuner“, alltägliche Normalität. Sie werden beleidigt, bekommen keine Wohnung oder werden am Betreten von Geschäften oder Schwimmbädern gehindert.

Die Zusicherungen der neuen Regierung des unabhängigen Kosovo, die Menschenrechte zu achten und der Diskriminierung von Minderheiten entgegenzutreten, sind unter dem Druck westeuropäischer Staaten gemacht worden und spiegeln nicht die gesellschaftliche Realität wider. Die antiziganistischen Ressentiments gegenüber den Roma sind tief in die alltäglichen Beziehungen eingeschrieben und, selbst bei gutem Willen der Regierung, nicht durch kurzfristige Integrationsstrategien zu beseitigen. Die Ausgrenzung und Armut der Roma im Kosovo sind Zeichen ihrer anhaltenden Diskriminierung als „Zigeuner“. Die europäische Geschichte zeigt, wie leicht diese alltägliche Diskriminierung in Pogrome umschlagen kann.

10 Vgl. Pro Asyl 2009: S. 24

11 Antwortschreiben des Innenministers an den Niedersächsischen Flüchtlingsrat vom 21.09.2009

Die Bundesrepublik Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung für die Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus als „Zigeuner“ stigmatisiert und zu Hunderttausenden ermordet wurden. Die Sensibilität für die Gefahren des Antiziganismus sollte ein Ausdruck dieser Verantwortung sein. Unter diesen Umständen darf es nicht als Normalität akzeptiert werden, dass Roma ein Leben in Armut führen, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung und in täglicher Angst vor Verfolgung.

In der Zivilgesellschaft findet das Bewusstsein dieser historischen Verantwortung seinen Ausdruck in dem vielfältigen Engagement für Roma-Flüchtlinge und gegen Abschiebungen in den Kosovo, wie z.B. in der „Aktion 302 - Rettet eure Nachbarn“¹². Auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma¹³, die Gesellschaft für bedrohte Völker¹⁴ sowie Vertreter der katholischen Kirche¹⁵ haben sich gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo ausgesprochen und mehr als 700 Unterzeichner haben sich einem Aufruf des Niedersächsischen Flüchtlingsrates und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) für einen bedingungslosen Schutz von Sinti und Roma angeschlossen¹⁶.

Ein Abschiebestopp und der Einsatz für eine umfassende Bleiberechtsregelung für Roma aus dem Kosovo würden zeigen, dass auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland sich ihrer Verantwortung bewusst ist und dass Roma in Deutschland heute nicht mehr als „Zigeuner“, sondern als Menschen behandelt werden.

12 Siehe Homepage: <http://www.aktion302.de/>

13 Siehe Pressemitteilung vom 19.10.2009: <http://www.nds-fluerat.org/pressemitteilungen/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-beabsichtigte-abschiebungen-von-roma-in-das-kosovo-werden-zu-neuen-spannungen-und-verfolgungen-von-minderheiten-im-kosovo-fuehren/>

14 Siehe Pressemitteilung vom 15.10.2009: <http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=2039>

15 Siehe Pressemitteilung vom 19.10.2009: <http://www.kathweb.at/content/site/nachrichten/database/28734.html> sowie Beitrag auf Radio Vatikan vom 17.10.2009: <http://www.oecumene.radiovaticana.org/ted/Articolo.asp?c=326933>

16 Siehe z.B. Artikel der Rotenburger Rundschau v. 14.10.2009: http://www.rotenburger-rundschau.de/redaktion/redaktion/aktuell/data_anzeigen.php?dataid=73511

Zum Aufruf: <http://www.nds-fluerat.org/keine-abschiebung-von-roma-fluechtlingen/>